Der Krieg wird für Trump immer mehr zum Mühlstein

USA. Ein halbes Jahr Iran-Krieg und kein Ende in Sicht: Den Republikanern drohen herbe Niederlagen bei den Kongresswahlen.

Von unserem Korrespondenten
STEFAN RIECHER

New York. Eine militärische Faustregel besagt, dass ein Krieg nur initiiert werden soll, wenn es ein glasklares Ziel gibt. Dass sich knapp sechs Monate nach Beginn des Angriffs auf den Iran viele US-Amerikaner immer noch fragen, was das Hauptziel des Konflikts ist, ist einer der Gründe für die gesunkene Zustimmungsrate Donald Trumps.

Die unklare Kommunikationslinie der US-Regierung zeigte sich diese Woche einmal mehr im Zuge eines CNBC-Interviews mit Scott Bessent. Darin kündigte der Finanzminister die härtesten Iran-Sanktionen der Geschichte an, was naturgemäß für viel Aufregung sorgte. Demnach wollen die USA künftig nicht nur Teheran sanktionieren, sondern auch jene Länder, die weiterhin Geschäfte mit dem Mullah-Regime machen – möglicherweise also vor allem China.

„Werden Regime stürzen"

Nach der Erklärung der Sanktionen fügte Bessent hinzu: „Das wird funktionieren und wir werden dieses Regime stürzen." Diese Aussage lässt Analysten etwas ratlos zurück. Zwar erwähnte Trump zu Beginn des Kriegs einen Sturz der Regierung als ein Ziel, ruderte später aber zurück. Ein Regimewechsel sei keineswegs die Hauptintention, erklärte der Präsident. Es gehe ihm vor allem darum, dass der Iran niemals eine Atomwaffe bauen werde und die Angriffe das Raketenarsenal Teherans erheblich reduzieren würden.

Nachdem die Führung Irans im Laufe des Konflikts erfolgreich die Straße von Hormuz und den globalen Ölverkehr lahmgelegt hatte, rückte plötzlich ein neues US-Ziel in den Vordergrund: die Wiedereröffnung des Nadelöhrs der Schifffahrt. „Wir haben uns in eine Sackgasse manövriert", sagt etwa Tucker Carlson, der einstige Moderator von Fox News und Trump-Vertraute, der dem Präsidenten wegen des Kriegs den Rücken zugedreht hat.

> „Wir haben uns in eine Sackgasse manövriert,
>
> Tucker Carlson
> Polit-Kommentator

Carlson steht als Sinnbild für eine Subgruppe der „Make America Great Again"-Bewegung, die sich lautstark gegen den Konflikt ausspricht. Ihnen zufolge hat der Präsident sein Versprechen gebrochen, wonach sich die militärische Supermacht aus internationalen Konflikten heraushalten werde. Noch hält eine Mehrheit der Republikaner den Krieg für gerechtfertigt, diese Mehrheit wird aber von Tag zu Tag enger.

Bis zu den Kongresswahlen Anfang November kann viel passieren. Aktuell deutet einiges darauf hin, dass der Iran-Krieg Trumps Republikanern wertvolle Stimmen kosten könnte. Die Zustimmungsrate des Präsidenten ist im Schnitt auf 40 Prozent gesunken. Am Anfang seiner Amtszeit im Februar 2025 standen die Amerikaner Trump positiv gegenüber und zu Beginn des Iran-Kriegs lag seine Zustimmungsrate um die 45 Prozent.

Derzeit halten die Konservativen die Mehrheiten im Abgeordnetenhaus und im Senat, was es dem Präsidenten erleichtert, Gesetzesvorhaben durch den Kongress zu bringen. Die oppositionellen Demokraten hoffen, im Repräsentantenhaus die Kontrolle zu übernehmen, was ihnen Umfragen zufolge gelingen könnte. Im Senat bahnt sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen an.

Zwei Ansätze zum Iran

Die Entwicklung des Öl- und Benzinpreises bis November wird eine entscheidende Rolle für das Wahlergebnis spielen. Viele Amerikaner machen die Regierung für die höheren Kosten an den Zapfsäulen verantwortlich und stellen zunehmend die Wirtschaftskompetenz der Republikaner in Frage. Ein Stimmungstest von Fox News spricht den Demokraten erstmals seit 2010 einen Vorteil in diesem Bereich zu. Wenn es den Republikanern nicht gelingt, in Sachen Wirtschaft zu punkten, werden sie kaum die Mehrheiten im Kongress behalten können.

Aus Trumps engstem Kreis werden hinter vorgehaltener Hand zwei verschiedene Ansätze verfolgt. Der eine konzentriert sich auf die Tatsache, dass die Wahlen erst in zwei Monaten anstehen und es dem Präsidenten gelingen wird, dem Krieg bis dahin eine Wende zu geben. Die Möglichkeiten reichen von Verhandlungen über Sanktionen bis zu einer Eskalation inklusive Bodentruppen.

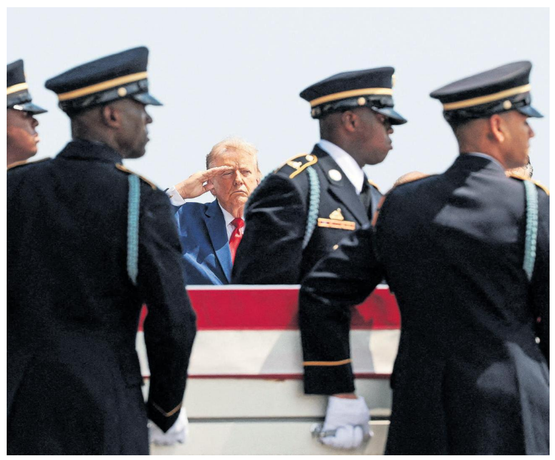
Eine andere Kommunikationslinie fokussiert sich hingegen darauf, dass es dem Präsidenten nicht um kurzfristige US-Wahlergebnisse oder etwaige Zwischenschritte im Iran gehe – sondern stets um sein politisches Vermächtnis. Demnach werde Trump aus wahltaktischen Gründen keine Kompromisse eingehen und das Iran-Problem dauerhaft lösen, selbst wenn seine Republikaner deshalb verlieren sollten.

Trump selbst scheint zwischen den beiden Linien zu schwanken. Auf der einen Seite spricht er in Bezug auf die US-Abstimmung im November von der „wichtigsten Wahl aller Zeiten". Auf der anderen Seite wiederholt er das Mantra, wonach der Iran niemals Atombomben haben dürfe und der Krieg so lange wie nötig dauern werde. Weshalb auch sechs Monate nach Beginn vorerst kein Ende in Sicht ist.

MORGEN IN DER „PRESSE AM SONNTAG"

Der britische Historiker Harold James über den Niedergang der USA als Weltmacht und das Ende des Dollar-Zeitalters.

Zum Abo: **diepresse.com/abo**



Die Leiche einer US-Soldatin kommt in den USA an, sie starb bei einem iranischen Angriff auf eine US-Basis in Jordanien. Reuters / Evelyn Hockstein

Irans Regime könnte sich zu früh freuen

Analyse. Ein halbes Jahr nach Beginn des Krieges zeigt sich Teheran siegessicher. Das Regime hat den US-Angriff überlebt. Doch die große Krise steht ihm erst bevor.

Von unserem Korrespondenten
THOMAS SEIBERT

Irans Regime feiert, dass es bisher dem US-Angriff standhalten konnte. Doch das diktatorische System steckt in einer tiefen Krise. APA/AFP/Atta Kenare

Istanbul/Teheran. Als die USA und Israel am 28. Februar ihren Krieg gegen den Iran begannen, brachten sie das Regime ins Wanken. Irans Flugabwehr versagte; Revolutionsführer Ali Khamenei und andere hochrangige Führungsmitglieder starben; Regierungsgebäude, Brücken und Fabriken wurden zerstört. Heute, ein halbes Jahr später, herrscht Siegesgewissheit in Teheran. Politiker sprechen von einer neuen regionalen Ordnung ohne die USA. Irans Regime ist außenpolitisch stärker als zuvor – aber es könnte sich zu früh freuen. Kurz vor dem Krieg hatte die Führung der Islamischen Republik eine Protestwelle niedergeschlagen und Tausende Demonstranten erschießen lassen. Die Massaker vergrößerten die Verbitterung und Desillusionierung vieler Iraner. Die Wirtschaft steckte in der Krise, der 86-jährige Khamenei hatte keinen Plan.

Dann kam der Krieg. US-Präsident Donald Trump und Israels Premier Benjamin Netanjahu hofften auf einen Aufstand und den Sturz der theokratischen Diktatur. Doch ihr Angriff machte das Regime stärker. Attacken, die auch zivile Ziele trafen – in einer Schule starben 120 Kinder – verbreiteten im Iran den Eindruck, der Krieg richte sich gegen das ganze Land, nicht nur gegen das Regime.

Regierung und Bürger erleben wegen der tödlichen Gefahr eine Art „Adrenalin-Schub", sagt der Iran-Experte Arman Mahmoudian von der Universität Süd-Florida zur „Presse". Regierende wie Regierte konzentrierten sich aufs Überleben und darauf, den staatlichen Zerfall und einen Bürgerkrieg zu verhindern.

„Das gilt sogar für entschiedene Gegner der Islamischen Republik." Das Regime setzte Khameneis 56-jährigen Sohn Mojtaba als neuen Revolutionsführer ein. Das theokratische System ist nicht beliebter als vor dem Krieg, aber viele Iraner finden, dass jetzt nicht die richtige Zeit für eine Abrechnung ist. Der Teheraner Politologe Abbas Khamayar sagte dem Sender al-Jazeera, Irans Gesellschaft schließe unter dem Druck der Angriffe die Reihen.

Auch militärisch lief es für den Iran besser als erwartet. Kurz nach den ersten Luftschlägen der Gegner antwortete Teheran mit massiven Raketen- und Drohnenangriffen auf Israel und arabische Staaten. Die iranische Führung weitete den Krieg aus, indem sie Verbündete wie die Hisbollah im Libanon und die Houthis im Jemen in die Schlacht warf.

Vakuum an Staatsspitze

Zudem sicherte sich der Iran die Kontrolle über die Straße von Hormuz – ein wichtiger Hebel, mit dem er die arabischen Nachbarn und die USA durch den Stopp von Ölexporten unter Druck setzen kann. Neue Kommandanten der Streitkräfte haben den Auftrag, die unter dem älteren Khamenei übliche Zurückhaltung bei Militäreinsätzen abzulegen und offensive Aktionen zu setzen.

Trump handelte im April eine Waffenruhe aus, die trotz zeitweiliger Eskalation eine Rückkehr des Krieges verhindert hat. Der US-Präsident schreckt davor zurück, Hormuz mit einem neuen Großangriff freikämpfen zu lassen, und versucht es stattdessen mit neuen Sanktionen gegen den Iran. Teheran gibt sich gelassen. Trumps Sanktionen seien eine neue US-Fehlkalkulation, erklärte Vizeaußenminister Kazem Gharibabadi. Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf betonte, die USA suchten nach einem gesichtswahrenden Ausweg. Fremde Kräfte würden in der neuen regionalen Ordnung keine Rolle mehr spielen. Iranische Politiker sehen ihr Land als neue Führungsmacht.

Mit diesem Anspruch nehmen sie den Mund möglicherweise zu voll. Das Regime befinde sich nach wie vor in einem Konflikt, dessen Ausgang nicht abzusehen sei, sagt der Iran-Experte Arash Azizi von der Universität Yale zur „Presse". Die wirtschaftliche Situation verschlechtere sich dramatisch, und die innenpolitische Lage sei weiter instabil. Sanktionen und die US-Blockade iranischer Häfen lassen Staatseinnahmen und Lebensstandard sinken und die Inflation steigen. „Iranische Normalbürger haben es mit einer immer schlechter werdenden Wirtschaftslage und der schlimmsten Repression seit Jahren zu tun. Und sie stehen vor einer ungewissen Zukunft", sagt Azizi.

Ghalibaf deutete an, dass der Schwierigkeiten bewusst zu sein. „Ganz gleich, wie mächtig wir militärisch sind: Wenn die Leute hungern, und wenn kein Geld im Umlauf ist, wenn es kein Wirtschaftswachstum und keine inländische Produktion gibt, werden wir uns nicht halten können", sagte er laut Medienberichten. Doch ein Plan, wie die Wirtschaft wieder flottgemacht und soziale Probleme gelöst werden können, ist nicht erkennbar. Das liegt zum Teil am Vakuum an der Staatsspitze. Mojtaba Khamenei steht seit fast einem halben Jahr an der Spitze des Iran, wagt sich aus Furcht vor amerikanisch-israelischen Anschlägen bisher aber nicht an die Öffentlichkeit. Seine Abwesenheit verschärft Machtkämpfe, die das Regime auf Dauer verändern könnten.

Es sei nicht einmal eindeutig bewiesen, dass Mojtaba Khamenei lebe und seine Aufgaben erfüllen könne, sagt Ali Alfoneh vom Institut der Arabischen Golf-Staaten in Washington zur „Presse". Zwischen den Mitgliedern der kollektiven Führung, die den Staat in Khameneis Abwesenheit lenken, werden laut Alfoneh früher oder später „die Egos kollidieren".

Korruption und Misswirtschaft

Der Schwebezustand könne nicht ewig dauern, sagt auch Mahmoudian. Wenn der Krieg endet oder in ein dauerhaftes Patt mündet, werden nach seiner Einschätzung grundsätzliche Probleme des Systems wieder hervortreten.

Neben der Wirtschaftskrise gehören dazu auch Fragen nach Mojtaba Khameneis Legitimität als Regimechef. Er folgte seinem Vater nach, obwohl die Islamische Republik eine dynastische Staatsordnung ablehnt. Sobald der kollektive Adrenalin-Schub nachlässt, dürfte auch die Kritik der Iraner an Vorschriften wie der Kopftuchpflicht für Frauen sowie an Internet-Sperren, Korruption, Misswirtschaft und der Unfähigkeit des Staates angesichts ökologischer Probleme wieder zunehmen. „Das Regime hat die unmittelbare Krise überlebt", bilanziert Mahmoudian – „aber das heißt nicht, dass es langfristig fest im Sattel sitzt".

Putin vernichtet Lebensmittellager

Ukraine. Angriffe auf Logistikzentren führen kurzfristig zu Engpässen. Die Zerstörungskraft russischer Luftschläge steigt seit Sommer.

VON JUTTA SOMMERBAUER

Wien/Kiew. „Russland hat diese Waren vernichtet." Schilder mit diesen Worten hingen in den vergangenen Tagen in ukrainischen Supermärkten. In sozialen Netzwerken veröffentlichte Amateurvideos zeigen leere Regale. Kunden zufolge gibt es in einigen Märkten nicht die übliche Auswahl an Eiern, Mehl, Teigwaren, Käse und Milch.

Solche Bilder hat Kiew seit Beginn des russischen Angriffskrieges nicht mehr erlebt. Sie sind die Folge gezielter Luftschläge gegen Lebensmittellager. In den ersten Kriegswochen wurde wegen der russischen Belagerung die Versorgung mit Essbarem knapp. Die aktuellen Aufnahmen haben daher Symbolkraft.

Zwar kommen die russischen Streitkräfte an der Front im Süden und Osten wie bisher nur langsam und unter hohen Verlusten vorwärts. Und die Ukraine setzt ihre Gegenschläge auf Ölraffinerien – am Freitag in Perm im Ural – fort. Doch die aktuellen Nachschubprobleme mancher Supermarktketten illustrieren auch, dass die Ukraine verwundbar bleibt angesichts der massiven russischen Luftkampagne. Manche Beobachter befürchten, dass Angriffe auf die Lebensmittellogistik eine neue Taktik der Russen sein könnten. Das Ziel: Zermürbung der Bevölkerung.

Neue Lieferrouten nötig

Hintergrund der Engpässe sind wiederholte russische Luftangriffe auf große Logistikzentren ukrainischer Supermarktketten, etwa die Kette Novus. Bei den nächtlichen Attacken kamen mehrere Mitarbeiter ums Leben. Die Unternehmen benachrichtigten ihre Kunden über bevorstehende Lieferschwierigkeiten. Bis zum 24. August sollen durch Direktlieferungen von Produzenten und neue Logistikrouten die Probleme gelöst sein.

Von einem Lebensmitteldefizit will in der Ukraine noch niemand sprechen, eher von Lieferverzögerungen. Und auch diese gibt es nicht überall. Ein Rundruf der „Presse" zeigt, dass andere Supermärkte über ein volles Warensortiment verfügen. Zur Illustration schickte eine Kiewerin ein Foto selbstgerollter Maki-Sushi mit Lachs. „Alles gestern im Supermarkt gekauft. Es gab nur ein paar Tage Schwierigkeiten."

Dennoch belegen die Angriffe auf Warenlager, dass Russland neben der Energieinfrastruktur auch andere zivile Einrichtungen ins Visier nimmt. Zuletzt gingen eine große Druckerei und ein bekannter Buchmarkt in Kiew in Flammen auf.

Generell hat Russland das Muster seiner Luftangriffe verändert. Früher als sonst hat der Kreml seine Luftkampagne intensiviert, wie aus den Daten des „Monitor Luftkrieg Ukraine" hervorgeht. In früheren Kriegsjahren ging die intensivere Bombardierung erst im Frühherbst los. Russland hat schon im Juli mehr Marschflugkörper und ballistische Raketen eingesetzt als in den Monaten zuvor. Auch die Zahl der Angriffstage hat sich erhöht. Und die Zerstörungskraft: Gerade die ballistischen Raketen treffen mit hoher Wahrscheinlichkeit ihre Ziele. Die erzielte Zerstörungskraft habe sich im Vergleich zum Vormonat „mehr als verdoppelt", notiert der „Monitor". Russland eskaliert seit dem Sommer gezielt die Luftangriffe, da die Ukraine an einem Defizit von Abfangraketen leidet. Der Kreml nützt die Schwachstellen der ukrainischen Luftverteidigung aus.

Tödlicher für Zivilisten

Die Intensivierung des russischen Luftkriegs schlägt sich auch in der Statistik ziviler Todesfälle nieder. Der Krieg wird damit immer tödlicher für einfache Bürger und Bürgerinnen. Im Juli 2026 starben in der Ukraine mindestens 377 Zivilisten in Folge der Kriegshandlungen, mehr als 2100 wurden verletzt. Erst am Donnerstag starben bei dem jüngsten Angriff mindestens 17 Menschen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj forderte einmal mehr Patriot-Abfangraketen. „Jede zusätzlich Rakete schützt das Leben unserer Bürger", schrieb er auf Telegram.

Nach dem Abschuss der ballistischen Raketen durch Russland bleiben oft nur ein paar Minuten, um sich in Sicherheit zu bringen. Dass das Sicherheitsrisiko gestiegen ist, ist auch an einem anderen Phänomen zu bemerken: Eine wachsende Zahl von Menschen nächtigt – mit Schlafsäcken, Decken oder gar Zelten ausgerüstet – in diesen Wochen in U-Bahn-Stationen oder Parkhäusern.

Der Kiewer Bürgermeister, Vitalij Klitschko, erklärte, dass in Kiew bereits jedes dritte Haus beschädigt sei. Obwohl diese Zahl sehr hoch gegriffen scheint, sind die Zerstörungen infolge der Bombardierungen im Stadtbild, vor allem in den stärker betroffenen Außenbezirken, immer sichtbarer.

Russland bombardiert nun Lebensmittel-Logistikzentren. Reuters

US-Außenminister holt Wien und Athen für Iran-Gespräche an Bord

Analyse. Marco Rubio will die Gesprächskanäle zu Iran über Österreich und Griechenland aufrechterhalten. Beide Länder bringen bestimmte Voraussetzungen mit und haben Teheran bereits kontaktiert.

VON DUYGU ÖZKAN

Wien. Es war nicht der diplomatische Kontakt an sich, der US-Medien und iranischen Exil-Publikationen auffiel. Es war vielmehr die Aktion danach. Nach ihrem Besuch bei ihrem US-Amtskollegen Marco Rubio nahm Außenministerin Beate Meinl-Reisinger sofort Kontakt zum iranischen Außenminister, Abbas Araghchi, auf. Einen Tag später telefonierte Rubio mit dem griechischen Außenminister, Giorgos Gerapetritis – und dieser wiederum kontaktierte Araghchi ebenfalls.

Die US-Regierung suche nach alternativen diplomatischen Kanälen, sollten die aktuellen Bemühungen vollends in sich zusammenbrechen, analysiert die Agentur AP. Mit Wien und Athen holt sich Rubio jedenfalls zwei Europäer ins Boot, die für mögliche diplomatische Bemühungen bestimmte Voraussetzungen mitbringen. Meinl-Reisinger gab nach ihrem Besuch in Washington vergangene Woche zu Protokoll, dass sie Wien als bewährten Ort für Friedensverhandlungen für Rubio vorgeschlagen habe. Bereits kurz vor erneutem Beginn des Iran-Krieges waren „technische Gespräche" in Wien vorgesehen, dabei sollte es mit Mitwirkung der Atomenergiebehörde (IAEA) um die Nuklearfragen mit dem Iran gehen. Anknüpfend an den IAEA-Standort und Österreich als Gastgeber scheint Wien als Ort für weiterführende Gespräche für Rubio infragezukommen. Allerdings müsste dafür zunächst das größte Hindernis aus dem Weg geräumt werden: Das Chaos in der Straße von Hormuz.

„Glaubwürdiger Rahmen"

Hier kommt Griechenland ins Spiel. Das Land mit langer maritimer Erfahrung kann mit praktischem Wissen bei der Auflösung des Hormuz-Problems helfen, so das Kalkül in Washington. Die Lage in der Meerenge sowie die aktuellen iranisch-omanischen Verhandlungen über die künftige Verwaltung der Straße von Hormuz waren auch Inhalt der Gespräche zwischen Araghchi und Gerapetritis, wie das iranische Außenamt schreibt. Araghchi hat sich dem Statement zufolge auch über die europäische „heuchlerische" Position „gewisser" Länder ausgelassen, was ihre Haltung gegenüber dem Krieg Gaza und Israel angehe.

Inwieweit Österreich gemeint ist, lässt das Statement offen. Zwar ist von Österreich nicht als Vermittler im Iran-Krieg die Rede, doch kann Teheran über Wien als Standort weiterer Gespräche Vorbehalte haben. Schließlich wurde hier das Atomabkommen 2015 verhandelt und unterzeichnet, aus dem US-Präsident Donald Trump später einseitig ausstieg. Österreich könne diesen Bruch und das Scheitern des Abkommens, das seinen Namen trägt, nicht im Alleingang reparieren, analysiert das Portal „Iran International". Doch: „Das Land kann einen diskreten und glaubwürdigen Rahmen bieten, in dem die Vereinigten Staaten, der Iran und die IAEA ihre Standpunkte klären können."

Dass sich Rubio direkt an Österreich und Griechenland wendet, zeigt auch die kritischen Beziehungen zwischen Washington und den großen europäischen Ländern Frankreich, Großbritannien und Deutschland. Die drei Länder (E3) waren Verhandler des Wiener Abkommens, doch seit dem Austritt der USA ist E3 die Rettung des Atomdeals nicht gelungen. Das Aktivieren der Iran-Sanktionen („Snapback-Mechanismus") im UN-Sicherheitsrat durch die Europäer vergangenen September hat das Verhältnis zu Iran weiter belastet.